

Die Landtagsdebatte über Secundärbahnen.

In der Sitzung der 2. Sächsischen Ständekammer vom 14. d. Mts. stand das Königl. Decret die Erbauung von Secundärbahnen zwischen Bilkau und Kirchberg, sowie zwischen Pirna und Berggießhübel betreffend, zur Berathung. Es wurde viel gesprochen, und fast alle Redner sprachen sich gegen schmalspurige Bahnen aus. Der Herr Finanzminister Freiherr von Könneritz wies dagegen in klarer und überzeugender Weise die Vortheile der schmalspurigen Bahn nach.

Der Abg. v. Ehrenstein verwandte sich für Fortführung der projectirten Bahn Pirna-Berggießhübel bis Gottleuba. Bei dieser Gelegenheit sprach der genannte Herr einige gewichtige Worte, deren allgemeine Beachtung wir nicht warm genug empfehlen können. Er sagte, die kleinen Städte hätten in den letzten Jahren unter mannigfachen Schicksalschlägen zu leiden gehabt. Die Gewerbeordnung, die veränderte Organisation der Behörden, die Anhebung der kleinen Garnisonen u. s. w. hätten ihre Interessen mehrfach geschädigt. Schließlich warnte er die Regierung vor dem Ueberwuchern der großen Städte und erklärte, dem gegenüber könne nicht genug gethan werden, um auch der Provinz Vortheile zu verschaffen und das Leben dort zu heben.

Die wiederholte Ablehnung eines Schlußantrages bewies, für wie wichtig die Ständekammer die Angelegenheit ansah. Und das ist sie in der That, und der von dem Abg. Grahl ausgesprochene Wunsch, daß die Regierung einen Plan ansarbeiten möge, aus dem man erkennen könne, nach welchen Landestheilen noch Secundärbahnen geführt werden sollen, erscheint sehr wohl gerechtfertigt. Als Hauptgesichtspunkt dürfte bei einem solchen Plane ins Auge zu fassen sein, wie man es ermöglichen könne, möglichst vielen kleinen Städten gute Verkehrswege zu erschließen.

Wenn in Frankreich z. B. die Bahnen nach dem Princip der Centralisation gebaut sind, so daß man fast sagen könnte: „alle Schienenwege führen nach Paris“, so sollen bei uns in Sachsen gerade im Gegentheil die Secundärbahnen die Decentralisation unterstützen. Nicht als ob nicht alle Verkehrswege in jedem Lande mittelbar oder unmittelbar nach einem bestimmten Verkehrscentrum führten, darauf kommt es uns hier nicht an. Es handelt sich vielmehr darum, daß bei Anlage von Verkehrsmitteln darauf Bedacht genommen werde, die kleinen Städte dadurch lebensfähig zu machen, um nicht zu sagen am Leben zu erhalten. Das Leben einer kleinen Stadt ist aber wesentlich dadurch bedingt, daß ihr Wege erschlossen werden, auf denen sie ihre Erzeugnisse bequem auf den Markt schaffen, sowie ihre eigenen Bedürfnisse leicht beziehen kann. Daß dabei auf den Kostenpunkt sorgfältig zu achten ist, erscheint selbstverständlich. Aber, wie der Herr Finanzminister sagte, Rom ist nicht in einem Tage erbaut, und mit der Zeit wird es sich ermöglichen lassen, alle Landestheile mit dem allgemeinen Bahnnetz zu verbinden und so die wirtschaftlichen Bedürfnisse aller Gegenden zu befriedigen.

Daß dies geschieht und damit alle kleinen Städte auf ihre eigenen Füße gestellt werden, ist um unabweislicher nöthig, als sich in der Reichshauptstadt die centralistischen Bestrebungen immer deutlicher zeigen. Kann das Reichsbahnproject auch ziemlich als abgethan angesehen werden, so hat man dagegen jetzt den Reichsstempelsteuerplan ausgeheckt. Ob derselbe zur Realisirung gelangt, gilt gleichviel, er dient in jedem Falle als Symptom für die Neigung, zu centralisiren.

Diesen unitarischen Gelüsten kann man nicht besser vorbeugen, als wenn man im eigenen Lande decentralisirt, d. h. im letzten Grunde eine recht patriotische Gesinnung pflegt.

Was für einen Plan unsere Regierung mit Bezug auf die Verkehrswege entwirft und wie sie denselben seiner Verwirklichung entgegenführt, können wir ihr vertrauensvoll überlassen. Daß sie dabei der Unterstützung aller Patrioten sicher ist, hat die Debatte am 14. November gezeigt.

Tagesgeschichte.

Berlin. Der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich hat selbstverständlich in den Kreisen der Abgeordneten ein lebhaftes Interesse erregt. Da nun dieser Gegenstand im Abgeordnetenhaus nicht zur Sprache gebracht werden kann, so haben einige Abgeordnete die Anregung zu einer privaten Versammlung gegeben, welche die neue Zollpolitische Sachlage in Discussion ziehen soll. Diese Versammlung soll sich nicht bloß auf Vertreter des Parlaments beschränken, sondern auch Industriellen und kommerziellen Kreisen Gelegenheit geben, ihre Ansichten zum Ausdruck zu bringen und auf diese Weise einen Ideenaustausch hervorzurufen, der im Interesse der Handelspolitik Deutschlands nur von Nutzen sein kann. Wie die „B. V. Z.“ hört, sind in dieser Richtung an die hervorragenden Persönlichkeiten in Berlin und auswärtigen Einladungen ergangen, und wird die Versammlung vielleicht schon in den ersten Tagen dieser Woche stattfinden.

In der französischen Kammer ist seit einigen Tagen bei der Debatte über den Antrag Grevys auf Einsetzung einer Untersuchungs-Commission für die Wahlumtriebe der Kampf heftig entbrannt. Die Regierung erklärte eine solche Untersuchungs-Commission für unstatthaft und nimmt für sich ein Recht zu Aufstellung und Unterstützung offizieller Candidaten in Anspruch, was natürlich von der Linken heftig bestritten wird. Es verlautet, daß die Regierung beim Senat den Antrag stellen wolle, daß derselbe diese Untersuchungs-Commission als verfassungswidrig bezeichne. Das würde dann unzweifelhaft die Auflösung der Kammer zur Folge haben, wenn diese die Untersuchungs-Commission einsetzte. Die Aufregung im ganzen Lande ist sehr groß und der Ton der politischen Presse in Paris und der Provinz wird seit einigen Tagen immer bitterer und böser. Der Achtzehner-Ausschuß der gesammten Linken hat angeblich für den Fall, daß die Kammer wieder aufgelöst, oder auch nur vertagt werde, beschlossen, sich sofort nach Paris ins Palais Bourbon, den Sitz der früheren gesetzgebenden Versammlungen Frankreichs zu begeben und die Armee und die Bewohner der Hauptstadt zu ihrem Beistand aufzurufen. Der „Reveil“ erklärt geradezu: das leitende Comité der Linken sei bis jetzt nur ein beobachtendes gewesen, aber wenn die Ereignisse es verlangten, würde es gewiß ein handelndes, ein Comité De Salut Public (Wohlfahrts-Ausschuß) werden, die „Lanterne“ sagt: es gebe Augenblicke, wo man einen Pulvergeruch zu spüren vermeine, aber keine Drohung werde die Kammer einschüchtern, die bereit sei, allen eintretenden Fällen die Stirne zu bieten. Die übrigen republicanischen Blätter führen eine ähnliche Sprache, während die legitimistischen Blätter fortwährend den Präsidenten zu Ausführung eines Staatsreiches zu

setzen juchen. Kurz, die Aufregung in Frankreich ist eine so acute geworden, daß der Bürgerkrieg auf der Schneide des Messers zu schweben scheint. Was die Radicals und die Linke zu einer so revolutionären Politik treibt, ist, wie verlautet, die Gewißheit, daß ihre Wähler andere Candidaten aufstellen würden, wenn die Mehrheit der Kammer eine abermalige Auflösung geduldig hinnehmen, und wenn ihre Haltung der Politik des Marschalls gegenüber nicht eine sehr energische sein würde.

Der Marschall-Präsident Mac Mahon hat nach der Meldung des „Moniteur“ vom 16. Novbr. die Entlassung des bisherigen Ministeriums angenommen und zwar nach mehreren Versicherungen, weil die Rechte im Senat nicht mehr geneigt sei die Widerstandspolitik des Marschalls zu unterstützen. Der Präsident des Senats, Herzog Audriffet-Pasquier soll erklärt haben seine Demission geben zu wollen, wenn die Regierung nicht dem Willen des Landes Rechnung trage. In wie weit dies durch Berufung eines neuen Ministeriums geschehen wird, kann noch gar nicht gesagt werden, ebensowenig, ob durch die Berufung von Männern, die der Linken des Senats angehören, alle Schwierigkeiten schwinden dürften. Am 15. Novbr. sprach man in Paris noch davon, daß Mac Mahon ein anderes Cabinet nur aus der Noth berufen wolle.

Frankreich hat nach der Zählung vom August 1876 36,905,291 Einwohner, 802,000 oder 2,17 Proc. mehr als 1872. Paris hat 1,988,000, Lyon 342,000, Marseille 318,000, Bordeaux 215,000, Lille 162,000, Toulouse 131,000, Nantes 122,000, Rouen 104,000, Havre 92,000 Einwohner.

Wer etwas Sicheres und Genaueres über die Lage vor Plewna erfahren will, ist seit einiger Zeit auf die Berichte der englischen Zeitungen „Times“ und „Daily News“ angewiesen. Die deutschen Berichterstatter sind genirt und schweigsam, alle andern ausgewiesen. Wir folgen hier dem Berichte der „Daily News“ vom 10. November. Die Türken haben sich von Dubnik fast ganz nach Plewna zurückgezogen. Die Russen vermögen mit ihrer Truppenmacht von 120,000 Mann der ganzen Einschließungslinie entlang zwei Reihen von Laufgräben mit so viel Mannschaften zu besetzen, als darin Unterkommen finden können. Osman Pascha ist somit von einem Kreise eingeschlossen, den er nicht leicht zu durchbrechen im Stande sein wird. Die Angaben über seine Lebensmittel-Vorräthe sind widersprechend. Neuerdings wurde eine Herde von 5—6000 Stück Rindvieh beobachtet, von der man seither nichts gewußt. Auch andere Anzeigen deuten darauf hin, daß Osman 30—40 Tage wird aushalten können; seine Armee ist aber schon auf knappe Ration gesetzt; der Soldat erhält täglich $\frac{1}{4}$ Pfund Fleisch und der Brodvorrath scheint gering. Der englische Berichterstatter sieht das Ende nahe. „Osman muß sich entweder ergeben oder durchschlagen und jeder dieser Fälle ist ein solches Unglück für die türkischen Waffen, daß Rußland den Krieg schnell beenden können. Die Türkei ist außer Stand, nochmals ein solches Heer wie das Osman's auf die Beine zu bringen und der Verlust dieses Heeres ist nur noch eine Frage von Wochen. Die Russen werden stehen bleiben, bis Plewna fällt. Sie verdanken die günstige Aenderung der Kriegslage Männern wie Tottleben, Gurko und Sloboeff, die seit Kurzem zu Einfluß gelangt sind, ohne zum Generalstab zu gehören.“ Nach den neuesten Nachrichten soll Osman Pascha vom Kriegsrath in Constantinopel den Befehl erhalten haben, Plewna zu räumen. Da dies aber ein Kunststück ist, so ist Mehmed Ali beauftragt worden, die russischen Linien vor Plewna zu durchbrechen und Osman Paschas Rückzug zu decken — was aber möglicherweise als ein nicht viel weniger schwierig auszuführendes Kunststück herausstellen könnte. Die neueste vom „B. T. V.“ mitgetheilte Depesche meldet über die Lage der Dinge in und um Plewna folgendes: „Die „Polit. Correspondenz“ meldet aus Bukarest vom 14. d.: Vorgestern Nacht soll es in der Nähe der von Sloboeff genommenen Positionen zu neuen Kämpfen gekommen sein und soll General Sloboeff noch andere türkische Positionen nächst dem „grünen Berge“ links von Radischevo genommen haben. Seit vorgestern hat man im russischen Hauptquartier Anzeichen für eine Bewegung innerhalb Plewnas, wonach Osman Pascha Vorbereitungen zu einem Durchbruch zu treffen scheint. — Vorgestern hat ein großer russischer Artilleriepark auf dem Wege nach Bulgarien Bukarest passiert.“ Nach einer Depesche des „Golos“ aus Werantaleh vom 14. d. wird von den Erzerum belagernden Russen im Bilayet von Erzerum bereits russische Verwaltung eingeführt, und ist ein Militärgouverneur des Bezirks ernannt. Die Russen thun sonach, als ob sie bereits unbestreitbare Herren des ganzen Bilayets seien.

Daß in allen Schichten der Constantinopeler Bevölkerung, selbst unter den auf Hunger-Raten gesetzten Sofas, die Friedensstimmung überhandnimmt, wird der „A. Z.“ aus der türkischen Hauptstadt bestätigt. Das allgemeine Elend hat das Volk müde gemacht. „Väter und Brüder beim Heere, verringerte Einnahmen, Steuern und Kriegsabgaben sonder Zahl, gesteigerte Preise aller Lebensmittel, gänzliche Geldlosigkeit und dazu noch Hunger, Noth und Elend im Hause — das ist die Lage. Daß solche Verhältnisse den Wunsch nach Frieden, nach Ruhe, nach geregelten Zuständen hervorzurufen müssen, liegt klar auf der Hand. Vor ein paar Monaten noch wäre das Einlenken der Regierung in die Friedensbahn in der That das Signal zu einer Revolution, wenigstens zu großen Unruhen gewesen; heutzutage muß jeder unbefangene Beobachter Denjenigen auslachen, welcher behaupten wollte, daß dieses Verhältniß sich nicht geändert hätte, daß die kriegerische Stimmung noch in gleicher Stärke bestände.“

Dem „Standard“ wird aus Alexandropol berichtet: Mukhtar Pascha verurtheilte 18 Officiere zum Tode, deren Feigheit die Panik bei Dewe-Bogun erzeugt hatte.

Die Militär-Verwaltung in Wien ließ aus Interesse an der Sache Brod von jeder Gattung kommen, wie solches die Nahrung der russischen Soldaten auf dem Kriegsschauplatz bildet und übergab dasselbe Fachmännern zur genauen Untersuchung. Diese lieferte ein Ergebnis, welches es begreiflich macht, daß die russischen Intendanten und Lieferanten kriegsrechtlich halbdutzendweise erschossen werden. Jenes Brod enthält nämlich nicht weniger als 19 Procent Sägespäne und 15 Proc. Sand.

Wien, 17. November. Der oberste Gerichts- und Cassationshof hat heute die im Prozesse gegen den Engländer Tourville wegen Gattenmords eingewendete Nichtigkeitsbeschwerde verworfen.

Der russisch-türkische Krieg bekommt Concurrnz in Ostasien. China und Siam sind nahe daran, über einander herzufallen. Siam hat sich seit zwanzig Jahren geweigert, Boten mit Tribut zu